

Protesterklärung

Am 30.11.89 fand in der Akademie für Staat und Recht in Potsdam ein erstes, öffentliches Gespräch über die Außenpolitik unseres Landes statt.

Ein Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaftsfragen sprach davon, daß man in Zukunft diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zum Apartheidstaat Südafrika, zum faschistischen Regime in Chile, zu reaktionären Staaten wie Südkorea und Taiwan aufnehmen will. Schon allein deshalb, um Vorteile der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit diesen Ländern für uns zu nutzen.

Wollen wir unsere desolate Wirtschaftslage auf Kosten der ausgebeuteten und unterdrückten Menschen in diesen Ländern aufbessern?

Es ist also bald möglich, daß die Müller konsumgeiler DDR-Bürger mit Billigfrüchten aus Südafrika gestopft werden, an denen noch das Blut und der Schweiß der schwarzen Südafrikaner klebt. Ebenso werden bereits Politiker aus Südkorea in unserem Land begrüßt, während die verhaftete Studentin Rim il Sung längst wieder vergessen wurde, wie viele andere politische Gefangene in aller Welt. Länder wie Tibet, Äthiopien, Kurdistan oder Palästina fallen im wirtschaftlichen Gerangel sowieso unter den Diplomaten-Tisch.

Auf wessen Kosten unsere wirtschaftliche Rettungsaktion geht, müßte jedem klar sein. Alternativen zu dieser Ausverkaufspolitik auf den Rücken der Menschen in diesen Ländern müssen gefunden werden.

Üben wir aktive internationale Solidarität!

antifa-gruppe potsdam